

Wochenspiegel 6. – 12. Juli 2019 *Darüber diskutiert Frankreich*

Seite 1/1

Frankreichs ehemalige Justizministerin Rachida Dati wird bei den Kommunalwahlen im März 2020 für das Bürgermeisteramt in Paris kandidieren. Diese Entscheidung sei unabhängig davon, ob ihre Partei „Les Républicains“ sie aufstelle oder nicht. Dati betonte, dass sie die Unterstützung vieler Vertreter der Parteispitze habe. Auch Nicolas Sarkozy würde sie unterstützen; dessen Ehefrau Carla Bruni sei Mitglied ihres Unterstützerteams.

Die En-Marche-Bewegung hat den ehemaligen Regierungssprecher Benjamin Griveaux als Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Paris nominiert. Im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens setzte er sich gegen die Abgeordneten der Assemblée nationale, Cédric Villani und Hugues Renson, durch. Laut der Auswahlkommission überzeugte der ehemalige Sozialist durch den Austausch mit rund 1000 Parisern, auf dessen Grundlage er sein Wahlprogramm konzipiert hatte. Diese Methode entspräche der „DNA“ der Bewegung, so die Kommission. Innerhalb der Partei sorgte die Nominierung von Benjamin Griveaux hingegen auch für Kritik. Der enge Vertraute von Staatspräsident Emmanuel Macron sei von vornherein der Favorit gewesen. Viele Parteimitglieder hatten Hoffnung auf den vielfach preisgekrönten französischen Physiker und Mathematiker Cédric Villani gesetzt. Es zeige sich, dass die Vertreter der Zivilgesellschaft innerhalb der Bewegung „La République en Marche“ das Nachsehen gegenüber den als „Macron-Boys“ bezeichneten Unterstützern der ersten Stunde hätten.

Frankreich ist in Bezug auf seine Rolle in Libyen erneut in Erklärungsnot geraten. Wie die Regierung nun zugab, stammen die auf einem Stützpunkt des Generals Khalifa Haftar gefundenen Panzerabwehr-Waffen aus Frankreich. Verteidigungsministerin Florence Parly betonte, dass die beschädigten Raketen nicht an Einheiten von Khalifa Haftar geliefert worden seien. Die Waffen hätten sich zum Selbstschutz eines französischen Kontingents während einer früheren Aufklärungsmission im Bürgerkriegsland befunden.

Die französische Nationalversammlung hat einem neuen Gesetz gegen Hass im Netz zugestimmt, nach dem Online-Plattformen Hass-Nachrichten binnen 24 Stunden entfernen müssen. Von den Maßnahmen sind Postings betroffen, die jemanden aufgrund seiner Rasse, Religion, sexuellen Orientierung, Nationalität, Behinderung oder seines Geschlechts diskriminieren, terroristische Propaganda oder Kriegsverbrechen darstellen oder andere User online belästigen. Es drohen Strafen von bis zu 1,25 Millionen Euro.

Globuli werden in Zukunft in Frankreich nicht mehr von der Krankenkasse zurückerstattet. Die Neuerung bei der Rückerstattung von Homöopathie soll in zwei Schritten durchgeführt werden: Vorerst wird die Erstattung von derzeit 30% auf 15% abgesenkt, ab 2021 muss der Patient die alternative Medizin dann aus der eigenen Tasche zahlen. Zurückzuführen ist die Entscheidung der französischen Gesundheitsministerin auf ein Gutachten der französische Gesundheitsbehörde HAS, laut dem es keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege für eine Wirksamkeit der Homöopathie gibt.

Der alarmierende Anstieg der Opfer von häuslicher Gewalt bringt die französische Regierung in Zugzwang. Seit Jahresbeginn sind in Frankreich laut einer Studie mindestens 74 Frauen von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet worden. 2017 waren es laut offiziellen Zahlen 130 Frauen. Frauenrechtsorganisationen werfen der Regierung Untätigkeit vor. Gleichstellungsministerin Marlène Schiappa kündigte für den Herbst einen Runden Tisch an, um wirksame Maßnahmen zur Eindämmung sogenannter Femizide zu entwickeln.

Frankreichs Umweltminister François de Rugy steht wegen eines Hummer-Skandals in der Kritik. In seiner vorherigen Funktion als Präsident der Nationalversammlung soll er nach Recherchen des investigativen Portals Mediapart mehrfach Freunde seiner Frau auf Staatskosten zu luxuriösen Essen eingeladen haben. In der Residenz des Präsidenten der Nationalversammlung, dem Hôtel de Lassay, sollen dabei teure Weine aus dem Keller der Versammlung, Champagner und Hummer serviert worden sein. De Rugy bestreitet dies vehement, es habe sich bei den Gästen um wichtige Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft gehandelt. Nun muss er Gästelisten und Menüs vorlegen.

Staatspräsident Emmanuel Macron hat sich während eines Treffens im Elysee-Palast mit 350 Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft, an dem auch Ghanas Präsident Nana Akufo-Addo teilnahm, erneut für eine neue französische Afrika-Politik starkgemacht. Die afrikanische Diaspora in Frankreich sei eine wichtige Säule des Landes, so Macron. Bereits 2017 hatte der französische Präsident bei einem Besuch in Burkina Faso eine Grundsatzrede zu dem Thema gehalten. In der Hauptstadt Ouagadougou sprach er damals vor etwa 800 Studenten. Der neu gegründete „Rat für Afrika“ (Conseil pour l'Afrique (CPA), dem verschiedene afrikastämmige Persönlichkeiten angehören, soll in dem Bereich wichtige Impulse setzen

Der Koma-Patient Vincent Lambert ist tot. Der 42jährige lag seit einem Unfall 2008 im Wachkoma. Nach einem endgültigen Beschluss des Obersten Gerichts hatten die Ärzte bereits am 2. Juli die künstliche Ernährung eingestellt. Der Fall hatte die französische Öffentlichkeit über Jahre hinweg bewegt. Lamberts Eltern hatten sich für die Fortführung lebenserhaltender Maßnahmen eingesetzt, Lamberts Ehefrau war für deren Beendigung. Die Eltern kündigten nun an, die Ärzte wegen Mordes zu verklagen.

**DIE ZAHL DER WOCHE****75**

75% der Franzosen sind mit der Arbeit ihres Bürgermeisters zufrieden. Laut einer Studie des Forschungsinstituts Cevipof und des Bürgermeisterverbands „Association des Maires de Frances“ (AMF) wünschen sich sechs von zehn Franzosen, dass ihr Bürgermeister bei den Kommunalwahlen 2020 erneut kandidiert. Bürgermeister bleiben somit die „beliebtesten Gewählten“ in Frankreich, weit vor nationalen und regionalen Abgeordneten: 71% der Franzosen geben an, dass sie großes Vertrauen in die Kommunalvertreter haben.